

**Zeitschrift:** Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

**Herausgeber:** Schweizerischer Fourierverband

**Band:** 38 (1965)

**Heft:** 6

  

**Artikel:** Zurück zur Strategie!

**Autor:** Brunner, D.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-517710>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zurück zur Strategie!

Der Fall des seit 1957 — wie es schien, ohne ernsthafte Gegenspieler — recht unumschränkt herrschenden Chruschtschow hat den diktatorisch-totalitären Charakter und die Unberechenbarkeit des sowjetkommunistischen Regimes von neuem schlagartig enthüllt: der oberste Chef einer der beiden Weltmächte wurde binnen kürzester Frist um Amt und Würde gebracht, ohne dass irgend jemand im Westen auf einen solchen Umschwung gefasst gewesen wäre.

Man darf hoffen, dass dieses Ereignis in der westlichen Welt und nicht zuletzt in der Schweiz die vorab seit den Ereignissen von 1963 — Teststopabkommen und Getreidekäufe der Sowjetunion im Westen — fällige Ernüchterung herbeiführen wird. Denn — wie der bekannte Russlandspezialist Georg von Rauch es formuliert — «die geschmeidigere Aussenpolitik der Chruschtschow-Aera, mit ihrer meist missverstandenen Koexistenzparole, trug dazu bei, die Einsicht in die Unwandelbarkeit der bolschewistischen Grundlagen und Endziele sowie der unveränderten Bedrohung der menschlichen Freiheit zu vernebeln».

Das taktisch gedachte, auf politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten des östlichen Riesereiches zurückgehende Stillesitzen des gleichen Chruschtschow, der Berlin bedroht, Kuba in einen vorgeschobenen nuklearen Stützpunkt verwandelt, die sowjetische Fernraketenproduktion mächtig gefördert und friedfertige europäische Kleinstaaten atomar zu erpressen versucht hatte, hat vielenorts auch bei uns die Gefahren vergessen lassen, denen wir und unsere Nachbarn unvermindert ausgesetzt sind. Diese Bedrohung ergibt sich aus dreierlei: aus dem Vorhandensein atomarer Vernichtungsmittel, die jederzeit, überall und mit verheerenden Folgen eingesetzt werden können; aus dem Wesen des bolschewistischen Totalitarismus, an dem die gegenwärtige «Rechtsstaatlichkeit auf Abruf», deren Grenzen der jüngste Führungswechsel deutlich aufgezeigt hat, nichts geändert hat, und schliesslich aus dem ungefestigten Zustand einer grossen Zahl von westlichen und neutralistischen Ländern, namentlich in Übersee.

Vor diesem Hintergrund ermisst man, wie begründet die Aufforderung ist, in die der in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (Nr. 10/64) erschienene Aufsatz «Zurück zur Strategie!» von Hauptmann i. Gst. G. Däniker mündet: Angesichts der gewaltig gewachsenen Bedrohung müsse die Zielsetzung unserer Landesverteidigung neu bestimmt und Klarheit darüber gewonnen werden, welche Massnahmen auch im Atomzeitalter die Weiterexistenz unseres Landes in Freiheit und Unabhängigkeit gewährleisten können.

Der Verfasser richtet sein Augenmerk vorab auf die Frage nach der militärischen Zielsetzung der Landesverteidigung. Die Verfassung überträgt dem Bund die Pflicht, die Unabhängigkeit des Landes zu behaupten. Während im Ersten Weltkrieg an den Oberbefehlshaber lediglich die Weisung erging, die Neutralität der Schweiz zu verteidigen, wurde die verfassungsmässige und auch den Anforderungen des Völkerrechts entsprechende Pflicht zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes und der Unversehrtheit des Territoriums in die Weisung an General Guisan wieder aufgenommen. Die Einschliessung durch die Achsenmächte von 1940 bis 1944 in Verbindung mit den Unzulänglichkeiten unserer Rüstung nötigten aber zu einer Beschränkung dieser Zielsetzung, konnte unter diesen Umständen doch nur mit der Behauptung des Alpenbollwerks gerechnet werden. Das bedeutete letzten Endes die Preisgabe der Mehrzahl der Bevölkerung. Diese Konsequenz wurde nachträglich vor allem deshalb nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt, weil die in jener Konstellation richtige Réduitlösung ihren Zweck erfüllte: die Entschlossenheit, den Zentralraum bis zum äussersten zu verteidigen, hielt allfällige Gegner vom Angriff ab. Viele wurden dadurch im Glauben bestärkt, es genüge, den unwegsamen Zentralraum behaupten zu können, um eine abschreckende Wirkung auf potentielle Gegner auszuüben. Da wir als Kleinstaat ausserstande seien, ein den überlegenen Mitteln des Gegners ebenbürtiges Potential bereitzustellen, müssten wir unsere Zuflucht zum Kampf in dem uns begünstigenden Gelände nehmen.

Die grundlegend neue Möglichkeit, die sich den Grossmächten mit dem Aufkommen von Atomwaffen, vor allem aber mit der Entwicklung von Fernwaffen mit thermonuklearen Sprengköpfen eröffnete, wurde unbegreiflicherweise nicht zum Anlass genommen, die Zielsetzung der Landesverteidigung neu zu überdenken. Dagegen führte die Entwicklung sogenannter taktischer Atomwaffen, die für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld selbst bestimmt sind, zu den Armeereformbestrebungen und zur lebhaften Diskussion über das zu befolgende Kampfverfahren in den Jahren vor 1960.

Die Auseinandersetzung mündete in das vom Parlament beschlossene Werk der Truppenordnung 61, mit der ein richtiger und notwendiger Schritt getan, aber nicht alle sich mehr und mehr aufdrängenden Fragen beantwortet wurden. Die entsprechende Botschaft des Bundesrates steckte der Armee wohl die zwei Ziele, zunächst abzuschrecken und im Fall des Versagens dieser Abschreckung das Land von der Grenze an zu verteidigen. Sie beschränkte sich indessen auf die operative Ebene und fasste die neue, umfassende und erstmalige Bedrohung durch strategische nukleare Kampfmittel mehr nur am Rande und als einen fast rein theoretischen Fall ins Auge.

Demgegenüber gibt der Verfasser zu bedenken, dass der Einsatz auch nur kleinerer Kaliber in unserem Land sehr wohl strategische Bedeutung haben könnte. Hinzu komme der einem potentiellen Gegner naheliegende Weg der atomaren Erpressung, gegen die wir machtlos sind, bedeuten doch die den Atommächten in grosser Zahl zur Verfügung stehenden Kernwaffen eine praktisch unbegrenzte Zerstörungskraft, die jederzeit und überall eingesetzt werden kann. Somit besteht die Möglichkeit, unser Land in Trümmer zu legen, ohne dass auch nur ein gegnerischer Soldat die Landesgrenze zu überschreiten braucht.

Angesichts dieses Sachverhalts drängt sich eine Erweiterung unserer überkommenen Kriegsziele auf. Neben die Bewahrung der Unabhängigkeit und die Behauptung des Territoriums muss die Bewahrung der Bevölkerung vor Vernichtungen angestrebt werden. Nur wenn es uns gelingt, dieses letztere Ziel zu verwirklichen, kann die Schweiz unter den neuen Voraussetzungen mit einiger Sicherheit erwarten, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Auf Grund der kriegstechnischen Entwicklung drängt sich der Schluss auf, dass sich dieses Ziel mit rein konventionellen Mitteln nicht mehr verwirklichen lässt. Unsere schlagkräftige Armee fällt wohl gegenüber einem konventionell kämpfenden Angreifer ins Gewicht, bei einem atomgerüsteten Widersacher wird sie aber ihre primäre Aufgabe, die der Abschreckung, je nachdem nicht erfüllen können.

Empfiehlt es sich deshalb, hinter dem amerikanischen Atomschild im Schoss der NATO Zuflucht zu suchen? Dagegen erheben sich gewichtige Bedenken, ist es doch zweifelhaft, ob irgendeine Atommacht ihre eigene Vernichtung riskieren wird, bloss um ihren Bündnisverpflichtungen nachzukommen. Vorab aus diesem Grunde wird die NATO gegenwärtig wieder von schweren Krisen erschüttert.

Auf den ersten Blick scheint es somit, als müssten wir uns mit unserer Unterlegenheit abfinden und resignieren. Das darf jedoch nicht sein und entspricht weder der politischen und militärischen Tradition unseres Staates noch dem Willen des Schweizervolkes. Auf dem Spiele steht unter Umständen unsere Existenz, jedenfalls aber unsere Handlungsfreiheit. Wir sind deshalb verpflichtet, zum mindesten zu prüfen, ob nicht trotz allem die Möglichkeit offen steht, die Abschreckung auf die atomare Ebene auszudehnen. Es ist Zeit, dass man sich den damit aufgeworfenen brennenden Fragen zuwendet. Noch ist die Frage offen, ob und wenn ja, zu welchem Preis, wir abschreckende Waffen aus eigener Kraft zu beschaffen vermöchten. Noch ungewisser ist, welches das Minimum von Zerstörung ist, das der Gegner — im Verhältnis zum Gewinn, den er mit der Eroberung der Schweiz erzielen könnte — als nicht mehr tragbar erachten müsste. Eines steht für den Autor aber fest: «Die militärische Unabhängigkeit darf erst dann aufgegeben werden, wenn unsere Möglichkeiten erschöpft sind, eine schweizerische Strategie zu verwirklichen, die Aussicht besitzt, unsere Ziele zu gewährleisten. Erschöpft sind diese Möglichkeiten aber noch lange nicht . . . militärisch stellt sich uns die grosse Aufgabe, das, was wir sein und bleiben wollen, zu garantieren. Wir werden aber dabei nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfen, sondern wir haben die Herausforderung des Atomzeitalters anzunehmen.»

*D. B.*